

Rundschreiben - Januar 2026

JAHRESTAGUNG AG RR 2026

am Montag, den

16. November 2026

oder

23. November 2026

in Filderstadt.

Termine sind im
Minister/innenbüro des
Kultusministeriums
reserviert

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Schulleitungen
der Realschulen in Baden-Württemberg,

am 17. November 2025 fand unsere Jahrestagung zum
zweiten Mal in Weilheim an der Teck statt. Herr Fehmer
und Herr Knaus von der Realschule Weilheim a. d. Teck
waren wieder unsere Gastgeber. Hierfür danken wir
auch an dieser Stelle.

In einer Zeit, in der die Aufgaben der Schulleitungen
immer mehr werden und alles gleichzeitig statt geordnet
umgesetzt werden soll, war es ein starkes Zeichen, dass
fast 100 Realschulleitungen sich auf den Weg nach
Weilheim a. d. Teck gemacht haben.

*„Ich bin nicht allmächtig, ich bin nicht ohnmächtig,
ich bin teilmächtig.“*

Ruth Cohn

Am 8. März 2026 stehen in Baden-Württemberg Landtagswahlen an. Als AG RR nutzten wir die Chance, die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher bei der Jahrestagung auf der Bühne zu haben. Herrn Markus Brock gelang es als Kenner der Bildungslandschaft, die Unterschiede in den Zielrichtungen herauszuarbeiten.

Die Bundesregierung und auch alle Parteien, die zur Landtagswahl antreten, haben es sich zur Aufgabe gemacht, Bürokratie abzubauen. Gleichzeitig scheint dies für uns Schulleitungen nicht zu gelten. Es kommen weiterhin neue Aufgaben hinzu, ohne dass etwas wegfallen würde. Es wird uns nicht die nötige Zeit gelassen, um Schutzkonzepte, Förderkonzepte, Projektvorhaben oder Mentoringkonzepte auszuarbeiten und umzusetzen. Im Kultusministerium spricht man von temporären Belastungen. Wir sehen sie als Dauerbelastung. Im Schatten der Wiedereinführung des G9 nutzte die aktuelle Landesregierung ein kurzes Zeitfenster, um Pflöcke noch vor der Landtagswahl einzuschlagen. Dies geschieht auf dem Rücken von uns Schulleitungen.

Wir suchen nun den Schulterschluss mit den Rektorenvereinigungen aller Schularten. So hoffen wir, eine Entlastung zu erreichen.

Unsere spannende und interessante Schulleitungstätigkeit muss weiter attraktiv bleiben. Dies bleibt nur so, wenn wir gestalten können, ohne grundsätzlich am Limit zu arbeiten. Zumindest bei den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern ist unsere Botschaft angekommen.

Herzliche Grüße

Holger Gutwald-Rondot

(Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der AG RR)

Forderungen und Themen, die unsere Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren beschäftigen und die wir als Auftrag von unserer Jahrestagung mitgenommen haben

Schulleitungsentlastung

Dieser Punkt ist und bleibt ein Dauerthema. Das Personal wächst durch immer mehr Teilzeitlehrkräfte und die Innovationsfelder des Kultusministeriums fordern Zeit und Ressourcen. Die ungeschickte Taktung und zeitgleiche Umsetzung der Entwicklungsfelder sowie kurzfristige Abfragen und Abgabetermine erschweren unsere Arbeit noch zusätzlich. Nachdem wir uns an den Rechnungshof gewandt haben, erhoffen wir uns von dort Unterstützung. Auch wollen wir die über 300 nicht besetzten Stellen von den über 1400 „gefundenen“ Stellen nutzen, um unsere Entlastung nach vorne zu treiben.

Grundschulempfehlung

Wir fordern eine verbindliche Grundschulempfehlung und dass die Realschule grundsätzlich nicht in Verbindung mit dem G-Niveau empfohlen wird, da sie das G-Niveau in Klasse 5 nicht anbietet.

Hier sehen wir es als bewusstes Foulspiel an, dass den Eltern mit einer G-Empfehlung die Haupt-Werkrealschule, die Gemeinschaftsschule und die Realschule empfohlen wird. Das Gymnasium wird ja auch nicht für M-Schüler empfohlen, obwohl man mit der Versetzung in die 11. Klasse den Realschulabschluss erreichen kann.

Demokratieprojekt und „Zeig, was du kannst!“

Grundsätzlich hielten wir zwei Projektvorhaben (Demokratiebildung und „Zeig, was du kannst!“) für nicht notwendig. Das Thema „Demokratiebildung“ steht schon heute bei allen Schulen an der Spitze der Agenda. Die Leitperspektiven sind aus unserer Sicht ausreichend. Die Ausgestaltung von „Zeig, was du kannst?“ halten wir weiterhin nicht für praxistauglich. Um die Planung zu vereinfachen und den Unterrichtsausfall zu minimieren, schlagen wir vor, dass die Klassenkonferenz ein Projekt auswählt und abstimmt. Dieses Klassenprojekt gliedert sich dann in Unterprojekte, sodass eine Note vergeben werden kann. Aus dem Referat haben wir die Rückmeldung, dass dies gerade geprüft wird und hoffen auf baldige Nachricht aus dem Kultusministerium.

Eigenständig finanzierte G-Züge

Weiterhin fordern wir, dass G-Züge an Realschulen ab einer Schülerzahl von 12 Schülerinnen und Schülern im Organisationserlass erwähnt und eigenständig finanziert werden. Momentan führt die Nichtfinanzierung dieser G-Züge zu sehr vollen M-Klassen, was nicht zielführend ist.

VO für Aufnahme an den auf der GS aufbauenden Schularten

Unsere Erfahrungen zeigen, dass hier ein Notenschnitt von 2,0 für die Anforderungen an das E-Niveau erforderlich sein muss.

Abschaffung des Werkrealschulabschlusses

Dies bewerteten wir als eindeutige Schwächung der Werkrealschule und lehnen diese ab. Die Werkrealschule ist ein unabdingbarer Bestandteil eines gegliederten Bildungssystems.

Keine verpflichtende mündliche Prüfung in Deutsch oder Mathematik ab 2027

Wir halten die verpflichtende mündliche Prüfung für falsch. Wir können uns stattdessen eine mündliche Prüfung im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer oder in den Naturwissenschaften vorstellen. Die mündlichen Prüfungen in Deutsch und Mathematik sollen wie bisher fakultativ bleiben.

Abschaffung der schriftlichen Prüfung in den Wahlpflichtfächern Technik, AES, Französisch

Wir befürworten fachpraktische Prüfungen in den Wahlpflichtfächern. Die aktuellen Prüfungsformate haben den Unterricht in eine Richtung entwickeln lassen, die der grundsätzlichen Bedeutung des Titels „Realschule“ entgegen läuft.

Fehlende Chemiestunde

Grundsätzlich vermissen wir eine Stunde Chemie, die BNT beinhaltet und die jetzt in der Stundentafel fehlt. Hier fordern wir eine Gleichbehandlung aller Schularten und fordern diese in der Stundentafel Chemie der Realschule zusätzlich auszuweisen.

Gleiche Behandlungen aller Schularten in BW (Klassenteiler auf 28 senken, Sachkostenbeiträge)

Aus unserer Sicht muss, wie schon lange gefordert, eine Anpassung des Klassenteilers an den der GMS zeitnah kommen, da wir nach wie vor an den Realschulen die heterogenste Schülerschaft unterrichten.

Digitalisierung: Ersatzbeschaffung von Lehrerendgeräten, Beibehaltung der Systembetreuungsstunden

Es ist dringend notwendig, die Lehrerendgeräte auszutauschen. Der Digitalpakt 2 steht nun bereit und wir erwarten eine schnelle Umsetzung. SYS-Stunden müssen unbedingt beibehalten werden, auch wenn das Land die Systembetreuung der Kommunen finanzieren sollte.

Kein drei Fächer Studium mehr an der PH

Wir fordern, dass mindestens ein Hauptfach oder ein Mangelfach studiert werden muss. Zurzeit werden die neuen Anwärterinnen und Anwärter an den Schulen erwartet. Mit großer Sorge betrachten wir die Fächerwahl. Wer soll mit Ethik und Politik, zwei Wahlpflichtfächern oder Sport und Kunst oder Musik zukünftig Klassenlehrkraft sein und mit einem vollen Deputat in den studierten Fächern unterrichten? Werden wir zukünftig fragen, wer Englisch fachfremd unterrichten kann? Und wie sollen wir für diese Lehrkräfte zukünftig vernünftige Stundenpläne gestalten?

Kooperationen mit WRS ermöglichen

Realschulen können untereinander nun kooperieren und die G-Schülerinnen und -Schüler bündeln. Wir fordern, dass dies zukünftig auch mit den Werkrealschulen möglich sein soll.

WRS-Lehrkräfte auch ohne Hola an RS

In vielen Schulämtern, vor allem im ländlichen Bereich, findet sich für unsere Realschulen kein Lehrpersonal. Dort wo Werkrealschulen schließen, wäre es nur richtig, wenn diese an die Realschulen sofort abgeordnet werden und dann in den HOLA-Lehrgang gehen.

Einführung einer Schüler-ID

Die Schüler-ID beschäftigt uns seit Jahren und es geht nicht voran. Wie sollen wir unsere Förderkonzepte und Leistungsergebnisse evaluieren, wenn diese immer nur den Durchschnitt abbilden und wir die Wirksamkeit nicht den einzelnen Schülerinnen und Schülern zuordnen können? Es wurde nun eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus IBBW und Kultusministerium eingerichtet. Auch die gesetzlichen Vorgaben wurden geschaffen. Es gilt nun, Geschwindigkeit aufzunehmen und schnell umzusetzen.

Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses

Der geschäftsführende Ausschuss unserer Arbeitsgemeinschaft hat sich nach der Wahl auf unserer Jahrestagung 2025 neu formiert. Andreas Boegl (Realschule Neureut – Karlsruhe), Axel Rybak (Staufer-Realschule – Waiblingen) und Hans-Peter Diel (Realschule Bissingen – Bietigheim-Bissingen) standen nicht mehr zur Wahl. Wir bedanken uns bei allen dreien für ihr Engagement im Vorstand.

Neu in den geschäftsführenden Ausschuss sind Sabine Mayer (Hermann-Hesse-Realschule – Fellbach), Timm Ruckaberle (Max-Eyth-Realschule – Backnang) und Arnd Seemann (Insel-Realschule – Pforzheim) gewählt worden.

Der geschäftsführende Ausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

- Holger Gutwald-Rondot, Kraichgau-Realschule, RP Karlsruhe (Vorsitzender)
- Albrecht Binder, Jakob-Emele Realschule Bad Schussenried, RP Tübingen (stellvertretender Vorsitzender)
- Sabine Knapp, Helene-Lange-Realschule Heilbronn, RP Stuttgart (stellvertretende Vorsitzende)
- Beate Clot, Schulverbund Nellenburg Stockach, RP Freiburg (Kassiererin)
- Sabine Mayer, Herrmann-Hesse-Realschule, RP Stuttgart (Schriftführerin)
- Arnd Seemann, Insel-Realschule, RP Karlsruhe
- Timm Ruckaberle, Realschule, Max-Eyth-Realschule, RP Stuttgart
- Evelyn Heeg, Ruth-Cohn-Schule, RP Freiburg
- Axel Rybak, Staufer-Realschule Waiblingen, RP Stuttgart (Beisitzer)
- Jürgen Stohr, Realschule Tettnang, RP Tübingen

Bericht der Jahrestagung 2025

Jahrestagung Teil 1:

In seiner Begrüßung dankte Herr Gutwald-Rondot der Stadt Weilheim und der Realschule Weilheim. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich eine Kommune und eine Schule so hilfsbereit und mit großem Einsatz zur Verfügung stellen. Die Zahl der Anmeldungen hat nicht unbedingt den Erwartungen entsprochen, deckt aber dennoch eine sehr erhebliche Anzahl an Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg ab. Viele Absagen wurden mit der erheblich gestiegenen Arbeitsbelastung der Schulleitungen begründet.

Als Gäste der Jahrestagung wurden begrüßt:

Jürgen Striby, Leitung Referat 33, KM BW

Yvonne Lenz, Leitung Referat GS, WRS, HS, RS, GMS, SBBZ im RP Tübingen

Dr. Corina Schimitzek, Schulamtsdirektorin SSA Nürtingen

Dr. Karin Broszat, RLV

Sven Kubick, Förderverein RS

Andreas Kober, VBE

Andre Knaus, GEW

Tonya Brinks, Landtagskandidatin der SPD

Begrüßt wurden auch die Gäste der Podiumsdiskussion, jeweils die bildungspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen:

Thomas Poreski, Bündnis90/Die Grünen

Andreas Sturm, CDU

Katrin Steinhülb-Joos, SPD

Dr. Timm Kern, FDP

Markus Brock, Moderation

Der bildungspolitische Sprecher der AfD wurde angefragt, hatte sich jedoch nicht zurückgemeldet.

Die Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Johannes Züfle hatte in ihrer Deutlichkeit großes Überraschungspotential. In sehr überzeugender Weise wertschätzte er die Arbeit der in seiner Stadt ansässigen Schularten (GS, WRS, RS, SBBZ). Allerdings beließ er es nicht dabei. Er konkretisierte sehr deutlich die Forderungen für seine Schulen über seine Gemeinde hinaus und benannte dabei mehrere bildungspolitische Problemstellen, in großer Übereinstimmung mit den Positionen der AG RR. Gleichzeitig legte er dar, welche Folgen Entscheidungen in Stuttgart für die Kommunen haben, besonders bei den aktuell begrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln.

Jahrestagung Teil 2:

Im Anschluss übernahm der bekannte Fernsehmoderator Markus Brock in bewährter Weise die Moderation der Podiumsdiskussion und lud alle Gäste auf die Bühne ein. Dazu kam Holger Gutwald-Rondot als Vertreter der AG RR. Alle Fragen der Schulleitungen aus den baden-württembergischen Realschulen wurden im Vorfeld gesammelt, geordnet und mit Markus Brock vorbereitet. In dieser Vorbereitung ergaben sich drei Fragenkomplexe:

1. Wie wird es bildungspolitisch nach der Landtagswahl 2026 vor allem für die RS und WRS weitergehen?
Unterthemen: Sekundarschule, Ressourcen, G-Züge, Grundschule, SBBZ, spezielle Klassen für gescheiterte Schüler?
2. Entlastung für Schulleitungen und Kollegien
3. Digitalisierung, Lehrerdienstgeräte, Digitalpakt
4. Zudem ergaben sich aus dem Publikum Fragen zur Ganztagschule und zur Abschaffung des Werkrealschulabschlusses.

Um die Lesbarkeit zu verbessern, haben wir die Antworten und Aussagen der Diskutierenden jeweils personenbezogen zusammengefasst.

Thomas Poreski:

Bildungspolitik: Eine Bildungs-Enquete soll auf den Weg gebracht werden. Es geht um Qualität, nicht um eine Strukturdebatte. Qualität und Chancengerechtigkeit sind zentral, dem sollte die Struktur folgen. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen betrachtet werden.

Die Sekundarschule wird kein Schwerpunkt im Wahlprogramm 2026 sein. Die Unterschiede in der Qualität liegen innerhalb der Schulen einer Schulart, nicht zwischen den Schularten. Im internationalen Vergleich sind unter den besseren Ländern keine mit gegliedertem Schulsystem. Die Grünen bitten um ideologische Zurückhaltung, und um einen ergebnisoffenen Eintritt in den Enquete-Prozess.

Die Spielräume bei den Ressourcen sind ausgereizt. Zuweisungen sollten nach an der Einzelschule vorhandenen Herausforderungen erfolgen, ähnlich wie in Hessen.

Entlastung: Es wurde viel Personal eingestellt. Baden-Württemberg hat im Vergleich der Länder viele Sonderpädagogen, weil es hier geringere Gruppengrößen gibt. Mit dem bayrischen Schlüssel hätten wir in Baden-Württemberg einen Überschuss an Sonderpädagogen.

Bezüglich der Ressourcen gilt: Mehr desselben ist nicht zielführend. In erfolgreichen Bildungssystemen gibt es nur 20% klar formulierte Vorgaben.

Zur direkten Schulleitungsentlastung: Statt Add-ons sollten Dinge auch mal weggelassen werden können. Die Unterstützung durch Schulsozialarbeit ist eine freiwillige Aufgabe des Landes.

Digitalisierung: Das Land ist zuständig für Lehrerdienstgeräte. Das ist in einem großen Paket zur Schulträgerschaft des 21. Jahrhunderts enthalten. Die Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluss.

WRS: Es sollte eine Weiterentwicklung in Kooperation mit Beruflichen Schulen geben. Aber gibt es dann einen vollwertigen mittleren Abschluss? Entscheidend ist, ob Kinder ihr Potential entwickeln können.

Andreas Sturm:

Bildungspolitik: Zu Beginn braucht es einen klaren Plan. Verbünde sollten ermöglicht werden, dazu eigenständige G-Züge an Realschulen. Die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung muss auf alle Schularten ausgeweitet werden. Zudem muss es ein Bildungsmonitoring geben.

Das vorliegende Konzept der Sekundarschule wird so nicht kommen. Es ist unklar, wie teuer das würde, Baumaßnahmen wären erforderlich und wertvolle Zeit ginge bei Umsetzung ins Land. Wir wollen in bestehende Schularten investieren und diese mit ihren Schwerpunkten erhalten. Für die Realschulen wären das z.B. bilinguale Züge. Am Ende der Legislatur wird es wohl keine G-Züge mehr geben.

Entlastung: Die finanzielle Situation ist angespannt. Eine Priorisierung bezüglich kommender Entscheidungen ist nötig.

Digitalisierung: Das war auch eine Abwägung zwischen Unterstützung von Digitalem und Schulsozialarbeit. Beim Thema Digitalisierung braucht es klare Regelungen.

WRS: Das hängt auch an der Frage der Grundschulempfehlung. Wir brauchen die Schulart Werkrealschule. Es wäre eine praktikable Option, für das Bestehen einer WRS den Bestand der Schülerzahl von Kl. 5-7 heranzuziehen. Allerdings erkennt die KMK den WRSA nicht als mittleren Bildungsabschluss an.

Katrin Steinhülb-Joos:

Bildungspolitik: Es geht um bessere Bildung für alle Schülerinnen und Schüler. Alle Möglichkeiten der Finanzierung im Landtag sollten genutzt, und alle Schularten besser unterstützt werden.

Die vorhandenen Ressourcen sind nicht gut verteilt. Zudem ist Arbeitszeit ein wichtiges Thema. Es fehlen KV und multiprofessionelle Teams als Unterstützung. Wir müssen an den Schülern und den Lehrkräften ansetzen, das Beste aus allen Schularten herausziehen und weiterentwickeln. So bekommen wir eine starke zweite Säule neben dem Gymnasium.

Bessere Förderung und Individualisierung ist wichtig. Viele Jugendliche brauchen mehr Unterstützung. Es ist nicht zielführend, die Schularten gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen kleinere Gruppen zur Förderung wie in Hamburg. Das muss schon in der Kita beginnen, aber deren Gebühren steigen.

Es bedarf auch mehr Wertschätzung für Lehrkräfte, z.B. alle A13 oder die Bezahlung der Lehramtsanwärter in den Ferien.

Entlastung: Schulleitungsassistenzen sind leider nicht gekommen. Es braucht mehr Zeit für Schulentwicklung, auch für IT-Pflege. Es werden mehr Ganztagschulen benötigt, den viele Frauen wollen mehr arbeiten, haben aber keine Betreuungsmöglichkeiten. Dabei geht es nicht um Verpflichtung, sondern um ein Angebot.

Die Gymnasien bekommen Ressourcen, die andere nicht bekommen, z. B. für Demokratiebildung. Prioritäten müssen richtig gesetzt werden.

Dr. Timm Kern:

Bildungspolitik: Wir sehen ein gegliedertes und leistungsstarkes Bildungssystem und kein Zwei-Säulen-Modell. Der WRS-Abschluss muss wiedereingeführt werden, und die GSE muss für alle Schularten verbindlich sein. Wir müssen die SBBZ erhalten und brauchen einen umfassenden „Schulfrieden“. Lehrkräfte müssen ihre Arbeit machen können. Aufgrund der Rahmenbedingungen gibt es erheblichen Lehrkräftemangel an Grundschulen und SBBZ.

Seit 2011 werden falsche Entscheidungen in der Bildungspolitik getroffen. Es gab einen Abschied vom Leistungsgedanken. Bei der GSE geht es um ein passgenaues Angebot, nicht um Verwehren von Chancen. Wichtig sind die Durchlässigkeit und die Anschlüsse. Am Türschild hängt nicht die Qualität.

Bis 2011 hatten wir ebenfalls heterogene Lerngruppen. In einer heterogenen Lerngruppe orientiert man sich an der Mitte und wird den Schwächeren und den Stärkeren nicht gerecht. Die Frage ist, ob Heterogenität ein Wert an sich ist? Ich meine: nein.

Schule ist der Reparaturbetrieb aller gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Man darf die Familien nicht aus der Erziehungsverantwortung entlassen. Es bedarf mehr Schulpsychologen.

Entlastung: Eine operativ eigenständige Schule geht nur mit Ressourcen. Es werden Standards formuliert, aber keine Ressourcen dafür gegeben. Ein Vorschlag zur Steuerung: Mindestens 70% der Lehrkräfte sucht die Schule aus.

Digitalisierung: Wir wollen hin zu einem Kooperationsgebot. Es kann nicht sein, dass die Finanzkraft der Kommune oder des Landes über die Ausstattung der einzelnen Schule entscheidet.

WRS: Die WRS ist unverzichtbar. Die FDP will dafür kämpfen und Abschaffung des WRS-Abschluss zurücknehmen. Zudem gibt es einen eigenen Entwurf zu einer beruflichen WRS.

Holger Gutwald-Rondot:

Bildungspolitik: Wer hätte gedacht, dass wir jetzt die Realschule wieder verteidigen müssen mit Hochhalten des Leistungsgedankens oder des Fachlehrerprinzips.

An den Grundschulen passiert etwas. Die Grundschüler haben in Kompass 4 Mathematik den Grundschulen den Spiegel vorgehalten.

Wir hatten im letzten Jahr hier von der Ministerin gehört, dass die eigenfinanzierte G-Züge kommen. Sie kamen nicht. Wir wollten eine Senkung des Klassenteilers, analog zur Gemeinschaftsschule. Das kam auch nicht.

Entlastung: Es kommen immer neue Aufgaben, ohne dass andere Aufgaben wegfallen. Wir haben diverse Vorschläge zum Thema „Was kann weg“ gemacht. Keiner wurde umgesetzt. Es gibt ständig neue Steuerungsaufgaben ohne Entlastung für Kollegien und Schulleitungen. Wir wollten an größeren Schulen Abteilungsleitungen, stattdessen kam das zweite Konrektorat ohne Stunden. Neuerungen im Schulsystem waren früher mit Stunden hinterlegt und Kollegen wurden fortgebildet. Bei der Fremdevaluation gab es früher Entlastungsstunden, aktuell gibt es keine Stundenhinterlegung. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen belasten Schulaufsicht und Schulleitung, und auch aus 1440 gefunden Lehrerstellen gab es keine Entlastung.

Wir fragen uns, warum muss jetzt in einem Schuljahr so viel Neues umgesetzt werden? Warum kein Zeitfenster zur Einführung bei eigener Priorisierung? Das System lebt von einem Selbstverständnis der Schulleitungen, das wir beim Nachwuchs in der Summe so nicht mehr sehen.

Auch die verpflichtende Prüfung in Deutsch/Mathematik belastet. Kein Praktiker wäre auf diese Idee gekommen. Besser fänden wir z. B. mündliche Prüfungen in Geschichte/Gemeinschaftskunde.

Digitalisierung: Die Geräte, die in Corona-Zeiten angeschafft wurden, werden nicht mehr Upgedatet. Wir hätten uns heute ein „wir kümmern uns“ gewünscht.

Markus Brock hat den Diskutanten zum Schluss noch den Vorschlag der AG RR zur Studienordnung mitgegeben: 3 Fächer-Studium, davon mindestens ein Mangelfach.

Herr Binder dankte Herrn Brock, der Teilnehmerin und den Teilnehmern der Podiumsdiskussion für die anregende Diskussion jeweils mit einem Glas Honig. Nach einer Kaffeepause trat der Vorstand zum Bericht an die Mikrophone.

Jahrestagung Teil 3:

Bericht des Vorstandes zur Arbeit der AG RR (siehe auch Seite 2 – 4)

Erfolge:

„Zeig, was du kannst!“ kann auch als Klassenprojekt durchgeführt werden, vom Produkt her gedacht, nicht vom Schüler.

Forderungen und Anliegen der Realschulschulleitungen:

- Ressourcenproblematik bei „Zeig, was du kannst!“:
- Lehrkräfte, Räume, zusätzliche Kosten für den Schuletat wegen Lernmittelfreiheit
- Kooperationen mit WRS ermöglichen
- Veränderung der Multilateralen VO beim Übergang WRS an RS
- Schulleitungsbelastung: Zeittaktungen bei der Anzahl und der Umsetzung von neuen Vorgaben, viele Aufgaben parallel, zeitintensive Videokonferenzen bei Veränderungen, kurzfristige Abgabetermine
- Lehrermangel, WRS-Lehrkräfte auch ohne HOLA an RS
- 10. Schuljahr an RS für gute HS-Schüler*innen
- Fehlende Daten von ehemaligen VKL-Schüler*innen
- Einführung einer Schüler-ID
- Entwicklungsräume für Inklusion

Bericht aus dem Landessschulbeirat:

Axel Rybak berichtet aus dem Landessschulbeirat. Der Landessschulbeirat führt außerhalb der Ferienzeit monatlich Sitzungen durch, bei denen durch den gesamten LSB gesetzte Themen besprochen werden. Dazu lädt der LSB Referenten, Fachleute oder die entsprechend zuständigen Funktionsträger aus dem Regierungspräsidium oder dem Kultusministerium ein. Zudem erhalten die Mitglieder des LSB alle Gesetzentwürfe und Verwaltungsvorschriften zur Beratung vorab.

Die Themen der vergangenen Periode waren:

- AUV-Regelungen, Demokratiebildung, datengestütztes Qualitätsmanagement
- Neue Sekundarschule, Bildungslandschaft in BW im Jahr 2030
- Guter Unterricht (öffentliche LSB-Sitzung auf der Didacta)
- Schuldatenaustausch, Zuweisung von Ressourcen, Schulkunst
- Entwicklung der Zahlen im Vorbereitungsdienst
- Potentialtest, Kompass 4, Schulabsentismus
- Neuerungen an Berufliche Gymnasien, Lernförderliche Unterrichtsräume (Architektur, Gestaltung, Lüftung, Farben)
- Grundschulen, Förderkonzeptionen, Sprachförderung
- Schulleitungsentlastung
- Lernförderliche Unterrichtsräume: Raumakustik
- KI in der Schule, Optionen der Einführung an den Schulen

Der LSB legt – bildlich gesprochen - immer wieder die Finger in offene Wunden und nimmt zu den Entwicklungen Stellung. Die sehr breite Aufstellung des LSB erfordert allerdings auch in den nach außen kommunizierten Formulierungen des LSB immer wieder Kompromisse. Dennoch ist die Arbeit zielführend, denn die Diskussion innerhalb des LSB ist stets sehr aufschlussreich und konkret.

Kommende Themen werden sein:

- Erziehungspartnerschaft Schule – Elternhaus
- Schulleitungsentlastung

Ein Hinweis an dieser Stelle zur Nutzung von KI in der Schule. Der Schulleiter des Königin-Charlotte-Gymnasium Stuttgart, Herr OstD Benjamin Köhler, hat einen sehr eindrucksvollen Input zum Thema KI in der Schule gegeben. Er bietet mit den Kolleginnen und Kollegen seiner Schule Unterstützung in Form von Workshops an. Dabei geht es um die Einführung von KI, die sinnvolle Nutzung und die Gefahren der KI. Bei Interesse darf man sich an seiner Schule melden.

Kassenbericht:

Einnahmen:	Mitgliederbeiträge und Spenden
Ausgaben:	Reisekosten, Veranstaltungen, Geschäftsbedarf
Aktueller Kontostand:	7709,01 €
Mit Rücklagen:	11.624,11 €

Frau Clot wurde als Kassenführerin einstimmig entlastet.

Jedes Mitglied zählt

Eine wirkungsvolle Interessenvertretung braucht eine starke Arbeitsgemeinschaft.

Jedes neue Mitglied stärkt unsere Durchsetzungskraft und unseren Einfluss. Deshalb brauchen wir engagierte Mitglieder in der AG RR. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie als (neu ernannte) Schulleiterin, Schulleiter, stellvertretende Schulleiterin oder stellvertretender Schulleiter Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren Baden-Württemberg werden.

Über Ihre **Beitrittserklärung** würden wir uns freuen.

https://agrr-bw.de/wp-content/uploads/2022/08/AG-RR_beitrittsformular_interaktiv.pdf